



Internationale Gesellschaft
für Menschenrechte (IGFM)

IGFM fordert Konsequenzen aus nuklearer Bedrohung und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ Bundesregierung und EU sollen Chinas aktive Unterstützung des Nordkoreanischen Regimes offen kritisieren



Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) - Deutsche Sektion e.V.

Edisonstraße 5, 60388 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel: 069-420 108-0 | Fax: 069-420 108-33 | eMail: info@igfm.de

Seite 1



Der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des deutschen Bundestages Prof. Dr. Matthias Zimmer, MdB (CDU), unterstützte beim Pressegespräch in Frankfurt die Forderungen der IGFM



Internationale Gesellschaft
für Menschenrechte (IGFM)



Frankfurt am Main (20. Juli 2017) - **Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) fordert die Bundesregierung und die Europäische Union auf, das diplomatische Schweigen gegenüber der Volksrepublik China zu beenden. Die IGFM kritisierte bei einem Pressegespräch mit dem geflohenen nordkoreanischen Hauptmann Joo Il Kim das Verhalten Pekings scharf. „Die chinesische Führung unterstützt direkt und indirekt das Schreckensregime in Nordkorea. Gleichzeitig verweigert sie geflohenen Nordkoreanern jede Hilfe“, erklärte IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin. Die Beteuerungen Pekings und das tatsächliche Verhalten Chinas seien völlig gegensätzlich. „Der Schlüssel zur Lösung liegt in Peking“, so die IGFM weiter.**

Gleichzeitig erhebt die IGFM schwere Vorwürfe gegen Firmen aus der Europäischen Union. In Nordkorea und sogar innerhalb der EU, in Polen, würden nordkoreanische Arbeiter unter sklavenartigen Bedingungen ausgebeutet. Die IGFM fordert von der Bundesregierung und der EU Konsequenzen aus der nuklearen Bedrohung und den „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ durch das Regime in Pjöngjang.

Die UN-Untersuchungskommission zur Menschenrechtssituation in Nordkorea hat bereits am 17. Februar 2014 festgestellt, dass Nordkorea systematisch „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gegen die eigene Bevölkerung verübt. „Die Schwere, das Ausmaß und die Art dieser Menschenrechtsverletzungen zeigen einen Staat, der in der gegenwärtigen Welt ohne Parallele ist“, unterstrich die UN-Kommission und rief „dringend“ zum sofortigen Handeln auf. Doch sowohl von der nordkoreanischen Regierung als auch von seiner Schutzmacht China und von der Europäischen Union seien bisher Konsequenzen ausgeblieben, beklagt die IGFM. Gleichzeitig bedrohe die sogenannte „Demokratische Volksrepublik Korea“ mit ihrem Nuklear- und Raketenprogramm das demokratische Südkorea und Japan.

Keine Ausbeutung nordkoreanischer Arbeitssklaven - weder in der EU, noch anderswo

Nordkoreanische Arbeiter werden von der Regierung außerhalb ihrer Heimat als Devisenbringer eingesetzt. Das Regime behält ihre Angehörigen als Geiseln zurück. Bei



einer Flucht der Arbeiter droht den Familien Lagerhaft und Folter. Den Arbeitern selbst wird der Lohn für ihre Arbeit vorenthalten. Sie werden sowohl vom nordkoreanischen Regime, als auch von den Firmen ausgebeutet, die sie als billigste Arbeitskräfte beschäftigen.

Auch in Nordkorea selbst werden sowohl Lagerhäftlinge als auch reguläre Arbeiterinnen, Arbeiter aber auch Techniker, Programmierer, Zeichner und andere z.T. hoch qualifizierte Nordkoreaner vom Regime wirtschaftlich ausgebeutet. Die IGFM fordert daher, keine Arbeitsvisa für nordkoreanische Staatsbürger auszustellen und ein Ende der wirtschaftlichen Zusammenarbeit von Unternehmen aus der EU mit Nordkorea.

Weitere Infos

www.igfm.de/nordkorea

(Credit Vorschaubild: Simon Rosengren, pexels.com/

Link: <https://www.pexels.com/photo/democratic-people-s-republic-of-korea-flag-north-korea-559010/>)